

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Rates,

sehr geehrte Pressevertreter,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die Welt ist in Unruhe geraten und wir sind mittendrin! Ukraine-Krieg, Konflikte in Nahost und Fernost, Inflation, Rezession, Flucht und Migration, Klimawandel, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, demographischer Wandel oder Fachkräftemangel. Dies sind nur einige Schlagwörter, die deutlich machen, mit welchen globalen Herausforderungen wir konfrontiert sind.

In solch unruhigen Zeiten muss der Staat für Vertrauen sorgen und den Eindruck vermitteln, dass er mit den Herausforderungen umgehen kann. Umso dramatischer ist es, wenn das Vertrauen verloren geht. Nach Umfragen des Deutschen Beamtenbundes sind nur noch 29 Prozent der Befragten der Meinung, der Staat sei handlungsfähig und könne seine Aufgaben erfüllen. Fast 70 Prozent sehen den Staat sogar als überfordert an.

Die Ergebnisse decken sich mit den Entwicklungen, die alle Bürgermeister in ihren Kommunen wahrnehmen.

Insgesamt 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen haben sich einem Brandbrief des Städte- und Gemeindebundes an den Ministerpräsidenten angeschlossen. Parteiübergreifend eint uns die Sorge, dass die beispiellose Anhäufung von Belastungen den Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung gefährdet.

„Die Gemeinden bilden die Grundlagen des Staates und des demokratischen Lebens“. So heißt es in Artikel 1 der Bayerischen Gemeindeordnung. Eine

schöne Beschreibung unserer Aufgaben. Umso wichtiger, dass wir diese Grundlagen stärken! Deswegen möchte ich in meiner heutigen Haushaltsrede hauptsächlich auf die Rahmenbedingungen eingehen, innerhalb derer wir diesen Haushalt einbringen.

Migration

Meine Damen und Herren, die letzten Landtagswahlen in Hessen und Bayern, aber auch die zum Teil antisemitischen Proteste der vergangenen Zeit haben einmal mehr deutlich gemacht, welche gesellschaftliche Sprengkraft das Thema Flucht und Migration hat. Leider profitiert auch in westdeutschen Bundesländern immer häufiger die AfD hiervon. Das Münsterland ist zwar aus verschiedenen Gründen gegen populistische und radikale Strömungen durchaus widerstandsfähig, aber nicht immun. Wir müssen alles daransetzen, dass die Stimmung nicht zugunsten radikaler Parteien kippt. Wir alle sind hierfür verantwortlich. Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Als Kommune können wir die Probleme von ungesteuerter Einwanderung und den großen Fluchtbewegungen nicht lösen. Denn die Kommunen sind auch hier das letzte Glied in der Kette.

Momentan leben über 620 Flüchtlinge in Greven, die nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz unserer Stadt zugewiesen wurden. Hinzu kommen weitere 146 Personen, die aufgrund einer Wohnsitzauflage Greven zugewiesen wurden. Hinzu kommen rund 200 Personen, die zwar einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, aber in den städtischen Unterkünften leben, weil sie keine Wohnung in Greven finden. Die zahlreichen Menschen, die in den Jahren 2015 als Flüchtlinge nach Greven gekommen sind in diesen Zahlen schon gar nicht mehr enthalten.

Jetzt werden Sie womöglich sagen, dass Greven doch eine hohe Erfüllungsquote habe. Das stimmt! Momentan haben wir eine Erfüllungsquote nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz von fast 97 %. In absoluten Zahlen bedeutet dies,

dass wir nur noch 22 weitere Flüchtlinge aufnehmen müssen. Das klingt doch gut, oder?!

Lassen Sie uns jetzt mal schauen, wo wir am Anfang dieses Jahres standen: Nach der FlüAG-Verteilstatistik hat die Stadt Greven zum 1. Januar 2023 eine Erfüllungsquote von rund 96 % gehabt. Und trotzdem haben wir in diesem Jahr rund 200 Personen aufgenommen. Schauen wir noch ein Jahr zurück: Zum 1. Januar 2022 hatte die Stadt Greven eine Erfüllungsquote von sogar fast 97 %.

Meine Damen und Herren, die Flüchtlingsunterbringung ist eine Sisyphusarbeit. Sie kennen die Legende, wonach Sisyphus einen Felsbrocken auf einen Berg hinaufwälzen muss, der, fast am Gipfel, wieder ins Tal rollt und die Arbeit von Neuem beginnt. Egal was wir als Kommune machen und tun, es ist nahezu unmöglich auf die 100 % zu kommen, weil die Erfüllungsquote der Kommunen mit der Zahl der Schutzsuchenden in Deutschland insgesamt in Verbindung gebracht werden muss. Deshalb haben die Kommunen keinerlei Planungssicherheit und wissen nicht, welche Platzkapazitäten bereitgestellt werden müssen. Aktuell werden Greven im Schnitt 10 Personen pro Woche zugewiesen, die wir unterbringen müssen. Die Vorlaufzeit beträgt nur wenige Tage und die Kommunen können nicht sagen, dass die Kapazitätsgrenzen erreicht sind.

Allein in diesem Jahr haben wir 183 neue Unterkunftsplätze geschaffen oder erstmalig belegt. Dies war eine große Kraftanstrengung! Um es deutlich zu sagen, wir stoßen an unsere Belastungsgrenze, wenn dies so weitergeht. In Städten wie Coesfeld oder Telgte wurden Sporthallen aus dem Betrieb genommen, um dort Flüchtlinge unterzubringen. Nur mit größter Anstrengung konnten wir dies in Greven bisher vermeiden. Wir werden weiterhin alles daransetzen, dies zu verhindern. Nur versprechen kann ich Ihnen nichts!

Ausführungen zu Wirtschaft

Diese Krise belastet nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die personellen und finanziellen Ressourcen der Stadt.

Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der für 2024 ein Minus von 11,4 Millionen Euro vorsieht. Die genauen Hintergründe wird Ihnen gleich unserer Kämmerer Matthias Bücker vorstellen.

Es ist kein großes Geheimnis, dass uns die allgemeinen Preissteigerungen auch als Kommune in vielerlei Hinsicht treffen. Dies sieht man an den Baukostensteigerungen beim Feuerwehrgerätehaus Gimbte oder dem Bürgerhaus in Reckenfeld.

Ein ganz großer Preistreiber ist allerdings der sehr hohe Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, der vermutlich auch für die Beamten übernommen wird. Insgesamt sprechen wir hier über einen Abschluss von 11,2 % mehr Lohn. Diese Gehaltssteigerung gönne ich von Herzen jedem einzelnen. Doch für die Stadt Greven bedeutet dies eine deutliche Verschlechterung bei den Pensionsrückstellungen und dem Personalaufwand in Millionenhöhe. Darüber hinaus müssen wir nicht nur die gestiegenen Personalaufwendungen vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe und dem Kreis Steinfurt tragen, sondern auch von deren Vertragspartner. Da diese bekanntlich umlagefinanziert sind, werden die dortigen Kostensteigerungen auf die Kommunen abgewälzt.

Allein die Landschaftsumlage ist nominell um 332 Millionen Euro gestiegen, womit im gleichen Atemzug auch die Kreisumlage gestiegen ist. Als kommunale Familie muss uns klarwerden, dass wir jedes Jahr mit unserem Haushalt nicht nur unsere eigenen, sondern auch fremde Aufgaben mitfinanzieren, auf deren Ausgestaltung wir keinen Einfluss haben. Vom Rechtsschutz ganz zu schweigen.

Ein Beispiel hierfür ist die Eingliederungshilfe, die zwar beim LWL angesiedelt ist, aber ausschließlich durch die Kommunen finanziert wird. Aufgrund der demographischen Entwicklung, der Tarifsteigerungen und der gesetzlichen Anforderungen sind die Aufwendungen bzw. Belastungen für die Kommunen in den vergangenen acht Jahren um einen Drittel gestiegen. Dieses Finanzierungssystem der Eingliederungshilfe muss kritisch hinterfragt werden.

Die Eingliederungshilfe reiht sich ein in eine Vielzahl von Gesetzen und politischen Wohltaten, deren Umsetzung oder Finanzierung den Kommunen aufgedrückt wird. Neben dem OGS-Rechtsanspruch ist ein aktuelles Beispiel das Wachstumschancengesetz der Bundesregierung. Der Bund möchte mit diesem Gesetz Investitionen und Innovationen der Unternehmen stärken. Eine grundsätzlich richtige Idee. Es kann aber nicht sein, dass dieses Gesetzesvorhaben einmal mehr zu Lasten der Kommunen geht. Denn der Regierungsentwurf würde zu Mindereinnahmen bei den Gewerbesteuern in Höhe von schätzungsweise 1,9 Milliarden Euro pro Jahr bei den Kommunen führen. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle einer Kommune und darf deswegen nicht zulasten der Kommunen verändert werden.

Trotz dieser finanziell schwierigen Rahmenbedingungen werden wir Ihnen in diesem Jahr weder bei den Gewerbe-, noch bei den Grundsteuern eine Steuererhöhung vorschlagen. Damit das so bleibt, müssen wir das Haushaltsdefizit aus eigener Kraft und mit politischer Disziplin beheben!

Fachkräftemangel

Meine Damen und Herren,

selbst, wenn wir ausreichend durchfinanziert wären, wenn wir Ihnen ein Haushaltsplus vorlegen könnten, würden wir unser größtes Problem trotzdem nicht lösen können.

MCKinsey prognostiziert, dass der öffentlichen Verwaltung bis 2030 840.000 Stellen fehlen werden. PWC kommt für denselben Zeitraum sogar auf 1 Millionen offene Stellen. Werden die Stellen in den Verwaltungen nicht besetzt, können keine Anträge bearbeitet, keine Projekte umgesetzt und hoheitliche Aufgaben nicht wahrgenommen werden.

Dieser Fachkräftemangel ist schon heute in Greven spürbar. In den Kitas, bei den Busfahrern oder eben in der Verwaltung. In diesem Jahr haben wir 97 Einstellungsverfahren durchgeführt, wovon uns 71 Neueinstellungen geglückt sind. Doch immer häufiger erhalten wir keine geeigneten Bewerbungen mehr und müssen Stellenausschreibungen mehrfach wiederholen.

Stadtentwickler, Stadtplaner, Verkehrsplaner, Ingenieure bei den TBG, Klimaschutzmanager, IT-Administratoren oder Sachbearbeiter im Jobcenter. All das sind Stellen, die wir in diesem Jahr ausgeschrieben haben, aber entweder noch nicht oder erst nach wiederholten Ausschreibungen besetzen konnten. Ich gebe Ihnen mal ein ganz konkretes Beispiel:

Damit wir die vielen Projekte in der Stadtentwicklung umsetzen können, wurde die Fachdienstleitung Stadtentwicklung und Umwelt ausgeschrieben. Die erste Ausschreibung lief im Sommer. Drei Kandidaten wurden eingeladen, einer hatte kurzfristig abgesagt, einer ist trotz Terminbestätigung nicht erschienen und der dritte brachte nicht die notwendigen Kompetenzen mit. Also erneute Ausschreibung. Das zweite AC-Verfahren wurde mit erweitertem Kandidatenkreis terminiert. Es wurden vier Bewerber eingeladen. Erneut hat ein Kandidat ganz kurzfristig abgesagt. Ein anderer Kandidat stand mitten im Bewerbungsgespräch auf und sagte, dass die Stelle doch nichts für ihn wäre. Und die zwei verbliebenen Kandidaten konnten die Minimalanforderungen nicht erfüllen.

Dies ist der Vorgeschmack auf eine unschöne Entwicklung. Denn der Fachkräftemangel verschärft sich dadurch, dass wir in zunehmender Konkurrenz zu anderen Behörden stehen. Und dies führt mich wieder einmal zum LWL:

Aufgrund altersbedingten Austritten, Fluktuationen und Aufgabenzuwächse muss der LWL laut eigenen Aussagen für die nächsten 10 Jahre pro Jahr 2400 Beschäftigte neu einstellen. Fachkräfte, die den Kommunen fehlen werden.

Die Frage ist nun, was wir dagegen tun können?

Gegen den eigentlichen Fachkräftemangel können wir als Stadt nichts tun. Wir können nur versuchen, die Folgen abzumildern. So haben wir im Bereich des strategischen Personalmanagements Mitarbeiter eingestellt, damit wir unsere eigenen Nachwuchskräfte fördern können, uns als attraktiven Arbeitgeber weiterentwickeln und neue Wege finden, um Personalakquise zu betreiben. Sicherlich werden wir immer häufiger die Grenzen des Tarifrechts ausloten müssen- da dies aber alle Verwaltungen tun werden, führt dies nur zu einer Problemverlagerung.

Mehr Fachkräfte zu bekommen ist nicht unmöglich, wird aber immer schwieriger. Also müssen wir gemeinsam überlegen, wie die Arbeit effektiver und weniger wird. Hierzu drei Punkte:

Erstens: Wir müssen die Vorteile der Digitalisierung und der KI für die Verwaltung nutzen. Deswegen wurde erstmals in diesem Jahr eine Digitalisierungsstrategie aufgelegt, in deren Umsetzung wir bereits eingetreten sind. Glücklicherweise konnten wir nach mehreren Anläufen auch die Stelle des Digitalisierungsmanagers besetzen. Das was wir als Kommune im Rahmen der bestehenden Gesetze oder technischen Anwendungen schon leisten können, werden wir machen. Wir gehen sogar einen Schritt weiter und werden nicht mehr auf Bundes- oder Landeslösungen warten, wenn es rechtssichere Alternativen auf dem

Markt gibt. Deswegen haben wir Gelder eingestellt, um das digitale Bauantragsverfahren einzuführen. Auf die kostenlose Lösung des Staates will ich nicht mehr warten.

Zweitens: Ich werbe um Ihre Unterstützung! Stellen Sie einmal gefasste Beschlüsse nicht mehr in Frage und sorgen Sie für Verlässlichkeit, damit wir als Verwaltung die Umsetzung planen können. Politische Anträge oder detaillierte Fragenkataloge sind schnell gestellt. Das Abarbeiten braucht aber Zeit. Als Negativbeispiel möchte ich die Schulentwicklungsplanung in Erinnerung rufen, die zwar schon längst beschlossen war und dann doch wieder hinterfragt wurde. All das kostet viel Arbeitszeit, die wir aber effektiver einsetzen müssen.

Drittens: Ich wünsche mir eine ehrliche Diskussion auf allen staatlichen Ebenen über die Standards. Es muss nicht immer der Goldstandard sein! Auf kommunaler Ebene müssen wir uns diese Fragen genauso stellen, wie auf Landes-, Bundes-, und Europaebene. Als Beispiel könnte ich die Regelungen im KiBiz nennen. Aber nackte Zahlen sind ja auch immer uninteressant, weshalb ich Ihnen heute etwas mitgebracht habe:

Meine Damen und Herren, wissen Sie was das ist? Dies ist der Ordner für den Bebauungsplan Diekpohl aus den 80er-Jahren. Hier habe ich den Ordner für den Bebauungsplan „Sperberweg“- ebenfalls aus den 80er Jahren. Jetzt zeige ich Ihnen im Vergleich den Ordner für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Martinstraße“, den wir in diesem Jahr beschlossen haben. Und dies sind die Unterlagen für die Gutenbergstraße.

Meine Damen und Herren,

alle Flächennutzungs- und Bebauungspläne, die wir in diesem Jahr beschlossen haben, haben in der Summe fast 2000 Seiten! Die Verfahren werden immer umfangreicher und komplizierter. Welche Verwaltung soll dies eigentlich noch leisten können, wenn gleichzeitig immer neue Aufgaben dazu kommen, immer

höhere Ansprüche gestellt werden und immer mehr Stellen unbesetzt bleiben?! Allein beim Feuerwehrgerätehaus Gimble haben wir eine monatelange Verzögerung, weil für einen Steinkautz in unmittelbarer Nähe kein geeignetes Nahrungshabitat gefunden wurde.

Wenn das Vertrauen in den Staat wieder steigen soll, dann müssen wir die Kommunen nicht nur finanziell entlasten, sondern auch von bürokratischen Fesseln befreien.

Schluss

Meine Damen und Herren,

die Rahmenbedingungen könnten nicht schlechter sein, um eine Kommunale Wärmeplanung aufzusetzen, ein Klimaschutzprogramm aufzulegen, neue Fahrradwege zu planen, Schulgebäude zu bauen, den OGS-Rechtsanspruch zu erfüllen, Kita-Plätze zu schaffen, die Verwaltung zu digitalisieren, den Brandschutzbedarfsplan umzusetzen, die GBS zu modernisieren, die Innenstadt zu beleben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder ein neues Rathaus mit neuem Umfeld zu entwickeln.

Und doch haben wir den Anspruch, diese Projekte trotz aller Widrigkeiten umzusetzen. Wenn uns allein diese Projekte gelingen, dann werden wir sehr viel für Greven erreicht haben.

Ich wünsche mir, dass Sie bei Ihren Haushaltsberatungen diese Rahmenbedingungen angemessen berücksichtigen und auch in Ihren Parteien auf die kommunalen Herausforderungen aufmerksam machen.

Ich wünsche allen Fraktionen gute Haushaltsberatungen, die wir als Verwaltung gerne fachlich begleiten.